

(Geheimer Bergrat Fischer.)

(A) haben auch die bestimmte Absicht, sie ferner noch im Betriebe zu halten, denn wir sind der Überzeugung, daß die Schüttelrinne durchaus nicht nur Nachteile, wenigstens keine erheblichen Nachteile mit sich bringt, sondern insbesondere für die Arbeiter auch erhebliche Vorteile in gesundheitlicher Hinsicht bietet, und zwar namentlich dann, wenn Transportmassen in niedrigen Bauen auf lange Strecken fortzubewegen sind. Hier werden die Arbeiter in körperlicher und gesundheitlicher Hinsicht durch die Anwendung der Schüttelrinne bemerkenswert entlastet. Daß die Schüttelrinne bisher noch keinen ernstlichen Anlaß zu Beanstandungen gegeben hat, ist auch daraus ersichtlich, daß die Sicherheitsmänner, die die Betriebe, wo die Schüttelrinnen eingebaut sind, revidiert und die Ergebnisse der Revision in ihr Jahrbuch eingetragen haben, noch keinen Vermerk darüber gemacht haben, daß Übelstände sich gezeigt hätten oder abzustellen seien.

Ferner möchte ich hervorheben: wenn der Herr Abgeordnete Fleißner von der übergroßen Anzahl der Unfälle im königlichen Steinkohlenwerke gesprochen hat, so ist dies schon entsprechend zurückgewiesen worden. Er hat aber die Anzahl auch in Zusammenhang gebracht mit der Vermutung, daß eine erhebliche Antreiberei und als Folge davon eine besondere Mehrleistung vorgelegen habe. Meine Herren! Wenn Sie die Ergebnisse von 1909 und (B) von 1912 vergleichen, so finden Sie, daß im Jahre 1909 auf die gesamte Belegschaft 3038 hl Förderung und im Jahre 1912 3048 hl Förderung entfallen, eine Menge also, die innerhalb dieses langen Zeitraumes fast unverändert geblieben ist. Vergleicht man die einzelnen Jahre, so schwankt die Leistung selbstverständlich nach oben und nach unten, weil die Beschaffenheit des Flözes naturgemäß von Jahr zu Jahr wechselt. Es ist aber eine erhebliche Mehrleistung der Arbeiter nicht zu verzeichnen.

Ferner möchte ich auf die in den Jahren 1912 und 1913 eingetretenen tödlichen Unfälle nur ganz kurz eingehen. Diese Unfälle sind von den Sicherheitsmännern sämtlich untersucht worden. Die Sicherheitsmänner haben die Unfallorte befahren und das Ergebnis der Befahrungen eingetragen, sie haben aber keinen Anlaß gefunden, irgend einen Eintrag in ihr Jahrbuch vorzunehmen, der darauf schließen ließe, daß für die Sicherheit der Arbeiter nicht alles getan worden wäre. Wenn man die Einträge der Sicherheitsmänner auf einen längeren Zeitraum liest, so geht aus ihnen höchstens die Tendenz hervor, besonders zu betonen, daß die Arbeiter an den Unfällen nicht in leichtfertiger Weise schuld seien, sondern daß die Ursache in der Gefährlichkeit des Betriebes liege.

Ich glaube, hiermit das berührt zu haben, was der

Herr Abgeordnete Fleißner über die Betriebsverhältnisse des Steinkohlenwerkes bemerkt hat.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Fleißner.

Abgeordneter Fleißner: Ich will richtigstellen, daß ich vorhin bei den Gruppen der Arbeiter, die ich in bezug auf die Lohnangaben erwähnt habe, die Wäscher, die Tagesarbeiter und die Förderleute gemeint habe. Das sind die Gruppen, die mit am niedrigsten stehen — die Grubenjungen nehme ich aus —, weil, was ganz besonders betont werden muß, dort Löhne von 3,92 M. bis 4,13 M. sind. Das sind Löhne, die für erwachsene Arbeiter, die eine so schwere Arbeit haben, entschieden zu niedrig sind. Da nützt alles Hinwegreden nichts, die Zahlen beweisen das, und wir halten diese Löhne für diese Arbeit eben für zu niedrig.

Bei dem, was sonst die Herren von der Regierung gesagt haben, erleben wir die alte Erfahrung: es wird alles bestritten, und soweit das geschehen ist, muß ich sagen: Wesentliches von unseren Ausführungen ist entweder gar nicht berührt oder indirekt zugegeben worden, z. B. die eine charakteristische Angabe des Herrn Abgeordneten Krauß, daß der Bergdirektor Georgi da draußen im Werke ein Mitglied des Arbeiterausschusses zu beeinflussen versucht haben soll, es solle das, was es gesagt (D) habe, zurücknehmen und, weil er es nicht getan habe, dann ihm das Wort „Gemeinheit“ an den Kopf geworfen habe. Wenn solche Beamte noch Vertrauensmänner der Regierung sind, wo soll dann überhaupt das gute Einvernehmen zwischen Arbeitern und Beamten herkommen? Das ist eben der Ton, der dort zu herrschen scheint: wenn sich die Arbeiter in alles fügen, ist es gut, wenn sie es aber nicht tun und einen eigenen Willen bekunden, dann sind sie die Auffässigen, die Aufwiegler, dann schüren sie und machen die Arbeiter unzufrieden, und dann müssen eben die Wortführer der Arbeiter gemäßigelt werden.

Es ist besonders auch charakteristisch, wenn Entlassungen — das ist mir noch nicht einmal bekannt, das ist nicht bestritten worden — deshalb eingetreten sind, weil Arbeiter Unterschriften für eine Petition an den Landtag gesammelt haben. Das selbstverständliche Recht, das Sie jedem Beamten zugestehen müssen — ich habe vorhin Bezug genommen auf die Petition der Steiger und Obersteiger —, suchen Sie auf diese Weise den Arbeitern geradezu unmöglich zu machen. Denn wer soll sich dazu hergeben, Unterschriften zu sammeln, wenn er gewärtigen muß, in dem Augenblicke, wo die Werkleitung es erfährt, hinauszufliegen? Wie denken Sie sich, meine Herren, eigentlich die Dinge? Sie nehmen den Arbeitern das wichtige